



## **Regulierungsgesetz: Angriff auf die Schiene verhindern, Schienenmaut halbieren!**

*Hintergrundinformationen zur Pressekonferenz der EVG  
28.6.2016 – EVG-Zentrale Berlin*

**Bund und Länder machen den Schienenfernverkehr kaputt. Tausende Arbeitsplätze sind bedroht. Und dies nicht nur im Fernverkehr selbst, sondern auch in anderen Konzernunternehmen – bis hin zur Bahnindustrie.**

Der Fernverkehr soll einen steigenden Anteil an der Schienenmaut (Trassen- und Stationsgebühren) schultern. Und das, während die Lkw- Maut gesenkt wurde und Fernbusse gar keine Maut zahlen.

Die EVG will die Politik stoppen und wird sich gegen den Angriff auf die Schiene wehren. Schluss mit der einseitigen Bevorzugung der Straße! Wir fordern die Halbierung der Schienenmaut. Vor diesem Hintergrund ruft die EVG für Montag, den 4. Juli, zu einer Demonstration vor dem Bundesverkehrsministerium in Berlin auf.

Der Angriff auf die Schiene ist in einer Vereinbarung versteckt, die im Verkehrsausschuss besprochen worden ist – und zwar zum Regulierungsgesetz, das Anfang Juli in zweiter und dritter Lesung im Bundestag beraten wird. Demnach sollen künftige Erhöhungen der Trassen- und Stationsgebühren zum Teil einseitig dem Schienenpersonen-Fernverkehr (SPFV) aufgebürdet werden. Das verschlechtert erneut die Wettbewerbsbedingungen zu Lasten der Schiene und gefährdet Zukunftspläne im SPFV.

Erst im vergangenen Jahr hat die DB AG eine Zukunftsperspektive für den Fernverkehr entwickelt, die einen Ausbau des Schienenfernverkehrs in den nächsten 15 Jahren beinhaltet. Dieses Konzept könnte dann für den Papierkorb geschrieben sein.

Insgesamt sieht die EVG eine Vielzahl an Arbeitsplätze bedroht. Dagegen wehren wir uns, das werden wir nicht hinnehmen.

### **Zankapfel zwischen Bund und Ländern**

Die Trassenpreise sind in der Vergangenheit im Schnitt um 2 bis 2,5 Prozent pro Jahr angestiegen. Auch in der aktuellen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung bis 2019 (LuFV II) werden künftige Trassenpreissteigerungen von 2,4 Prozent pro Jahr angenommen. Nach 2019 müssen diese erneut verhandelt werden. Schon heute ist klar, dass diese danach weiter steigen werden.

Denn: die Kosten der Eisenbahn-Infrastrukturunternehmen (EIU) werden nicht weniger. Zudem müssen diese angemessene Überschüsse erzielen, um sie in die Infrastruktur reinvestieren zu können.

Steigende Trassenpreise sind jedoch ein Kostenblock im Schienenpersonen-Nahverkehr (SPNV). Den finanzieren die Länder durch die Regionalisierungsmittel. Bis 2030 werden diese pro Jahr um 1,8 Prozent steigen.

Die Länder wollen nun die Steigerungen der Trassenpreise nur noch in Höhe der Dynamisierung der Regionalisierungsmittel mittragen. Der darüber hinauschießende Anteil soll einseitig dem SPNV aufgebürdet werden. Das bedeutet zusätzliche Kosten für den Fernverkehr.

Das ist nicht nur eine absurde Lösung eines vertrackten Problems. Es ist ein Skandal – denn die Wettbewerbsbedingungen im Personenverkehr benachteiligen bereits jetzt die Schiene. Und sie werden sich auf diese Weise noch einmal verschlechtern:

- Fernbusse sind die derzeit größte Herausforderung für den Fernverkehr. Doch sie bezahlen überhaupt keine Maut und auch keine Stationsgebühren. Transdev hat deshalb bereits eine Fernverkehrsverbindung auf der Schiene eingestellt, weil sie nicht mehr zu konkurrenzfähigen Preisen angeboten werden konnte.
- Für strategische Projekte, um den Fernverkehr auf der Schiene zu verbessern, steht weniger Geld zur Verfügung, sie werden so gefährdet (z.B. „Deutschland im Takt“ – der explizite Versuch, den Fernbussen Paroli zu bieten).
- Wenn noch mehr Kunden zu Fernbussen abwandern oder wieder aufs eigene Auto umsteigen, weil Bahntickets teurer werden, gefährdet das Arbeitsplätze im Fernverkehr.

Aber nicht nur der Fernverkehr selbst ist betroffen - sondern auch andere Konzernbereiche. Die Dienstleistungsunternehmen der DB wie zum Beispiel DB Fahrzeuginstandhaltung oder DB Services sind auf Aufträge von DB Fernverkehr angewiesen.

DB Fernverkehr könnte auf die neue Belastung reagieren, indem Leistungen bei den Dienstleistern abbestellt werden – mit den entsprechenden fatalen Folgen für die Arbeitsplätze auch bei diesen Unternehmen. Auch die Infrastrukturbetriebe (DB Netz, DB Station&Service) könnten in Mitleidenschaft gezogen werden, etwa wenn DB Fernverkehr mit einer Reduzierung seiner Angebote reagiert

### **EVG-Forderung: Schienenmaut halbieren!**

Die EVG fordert einen radikalen Kurswechsel in der Verkehrspolitik. Die Benachteiligung der Schiene muss endlich beendet werden. Teil dieser Benachteiligung ist, dass die Schiene viel mehr Kosten schultern muss als der Verkehrsträger Straße.

Die EVG fordert, den Spieß umzudrehen und die Schiene billiger zu machen. Dafür muss die Schienenmaut (Trassen- und Stationsgebühren) bis auf die Grenzkosten gesenkt werden. Das bedeutet einen Paradigmenwechsel.

Solange die Politik andere Verkehrsträger und dort insbesondere die Straße und den Luftverkehr bevorzugt und damit indirekt subventioniert, muss auch die Schiene durch staatliche Leistungen wettbewerbsfähig gehalten werden. Dass die Schiene sich aus sich selbst heraus finanziert, wird immer schwieriger.

Deshalb muss sich auch der Bund langfristig verpflichten, einen Anteil an der Finanzierung der Schieneninfrastruktur zu bezahlen. Das würde den gordischen Knoten zerschlagen, in dem sich die Verkehrspolitik in Bund und Ländern derzeit verheddern.

### **Die nächsten Schritte**

Am 5. Juli wird sich der Verkehrsausschuss des Bundestages wieder mit dem Regionalisierungsgesetz befassen, wenige Tage später (nach derzeitigem Stand am 7./8. Juli) wird der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung in den Bundestag eingebracht werden. Voraussichtlich nach der Sommerpause wird sich der Bundesrat befassen.

Am 4. Juli um 13 Uhr wird die EVG vor dem Bundesverkehrsministerium demonstrieren. Wir werden Flagge zeigen und klar sagen, dass wir uns diesen Großangriff auf die Schiene nicht gefallen lassen. Wie schon bei DB Cargo erfolgreich umgesetzt, wird dies ein gemeinsamer Protest der EVG und der Betriebsräte sein.

-----  
Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft  
Vorstandsbereich Vorsitzender  
Bereich Kommunikation  
Weilburger Straße 24  
60326 Frankfurt am Main

Telefon: 069 75 36 333  
Mobil: 0171 699 63 63  
E-Mail: [uwe.reitz@evg-online.org](mailto:uwe.reitz@evg-online.org)